

Kreistag
Sitzung am 19.07.2010



Drucksache Nr. 065/2010 öffentlich

Halbjahresbericht zur Haushaltsentwicklung 2010

Anlagen: 1
Gäste: keine

Sachverhalt:

Mit dem nachfolgenden Bericht will die Verwaltung, wie in den zurückliegenden Jahren, den Kreistag möglichst frühzeitig und umfassend über die aktuelle Entwicklung der Finanzlage des Landkreises informieren. Die Verwaltung hat die vorliegenden Ergebnisse analysiert und auf das Jahresende hochgerechnet. Die voraussichtlichen Verbesserungen und Verschlechterungen bei den wichtigsten Einnahme- und Ausgabepositionen sind im Folgenden dargestellt:

Verwaltungshaushalt

- **Personalausgaben, Grp. 4 in allen Unterabschnitten**
Bei der Berechnung der Personalkosten für 2010 haben wir bei den Beschäftigten eine Tarifierhöhung von 1,0%, bei den Beamten eine unterjährige Besoldungserhöhung von 1,2% berücksichtigt. Zusätzliche Aufwendungen mussten auch wegen des Tarifvertrags im Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes sowie für gestiegene Umlagen und Beihilfen einkalkuliert werden.
Während der Haushaltsplanberatungen hat der Kreistag bei den Personalausgaben eine Pauschalkürzung von 400.000 € beschlossen und den Gesamtansatz damit auf 33,6 Mio. € reduziert. Durch verzögerte Stellenbesetzungen war es bereits in der ersten Jahreshälfte möglich, erhebliche Mittel einzusparen. Angesichts des höher ausge-

fallenen Tarifabschlusses bei den Beschäftigten (Mehrausgaben von rd.100.000 €) gehen wir derzeit aber davon aus, den Gesamtansatz nicht ganz einhalten zu können. Selbstverständlich wird die Verwaltung im weiteren Jahresverlauf alle sich bietenden Möglichkeiten zu weiteren Einsparungen nutzen.

-150.000 €

- **Bewirtschaftungskosten, Grp. 54 bei den Schulen und Verwaltungsgebäuden**

Angesichts des lang anhaltenden Winters und der zuletzt deutlich gestiegenen Energiepreise erwarten wir bei den Bewirtschaftungskosten ein Minus von

- 160.000 €

- **Buß- und Verwarnungsgelder, HHSt. 1105.0610**

Die Fallzahlen haben gegenüber dem Vorjahr leicht abgenommen. Die Einnahmen aus Buß- und Verwarnungsgeldern liegen deshalb um unter den Planvorgaben. Den Haushaltsansatz hatte der Kreistag bei den Haushaltsplanberatungen um 150.000 € auf 1,47 Mio. € erhöht.

- 110.000 €

- **Gebühreneinnahmen des Straßenverkehrsamtes, HHSt. 1110.0610**

Mit der Einführung der Umweltprämie zur Förderung des Absatzes von Personenkraftwagen hatten die Neuzulassungen in 2009 um mehr als 20 % zugenommen. Nach dem Auslaufen der Prämie sind die Fallzahlen im 1. Halbjahr 2010 deutlich zurückgegangen und liegen sogar um 8,5% unter dem Niveau des Jahres 2008. Der vom Kreistag bei den Haushaltsplanberatungen auf 2,3 Mio. € erhöhte Ansatz kann daher nicht erreicht werden. Nach derzeitigem Stand rechnen wir mit Mindereinnahmen von

- 130.000 €

Soziale Sicherung, Einzelplan 4

- **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, UA 4104**

Bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung bewegen sich die Fallzahlen und die Kostenentwicklung innerhalb der Planvorgaben. Allerdings ergeben sich bei der Wohngelderstattung Mehreinnahmen von voraussichtlich

100.000 €

- **Hilfe zur Pflege, UA 4110 und UA 4161**

Bei den Hilfen zur Pflege mussten wir bereits in 2009 eine Ansatzüberschreitung von 230.000 € verzeichnen. Ein Großteil dieser Verschlechterung wurde erst nach Ablauf des Jahres bekannt und konnte somit nicht im Haushalt 2010 berücksichtigt werden. Hinzu kommt, dass sich der Fallzahlenanstieg im stationären Bereich fortgesetzt und zusätzliche Ausgaben verursacht hat. Gegenüber den Planwerten verschlechtert sich der Nettoaufwand um

- 560.000 €

- **Eingliederungshilfe, UA 4170**

Im Bereich der Eingliederungshilfe bewegen sich die Fallzahlen und damit die Kostenentwicklung nur leicht über den Planvorgaben. Wir gehen von einem erhöhten Nettoaufwand von

aus.

- 50.000 €

- **Sonstige Hilfeleistungen innerhalb des Abschnitts 41**

Innerhalb der vielen kleineren Hilfearten des Abschnitts 41 ergeben sich weitere Veränderungen, die mit einer Verbesserung von

abschließen. Die Verbesserungen ergeben sich vornehmlich bei der Hilfe zum Lebensunterhalt.

390.000 €

- **Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV), UA 4820**

Bei der Ansatzberechnung haben wir uns am Aufwand für den Monat Dezember 2009 orientiert und einen Jahresbedarf von 18,6 Mio. € ermittelt. Basierend auf einer Erhebung der Arbeitsagentur haben wir außerdem eine Fallzahlensteigerung von 420 im Jahresdurchschnitt angenommen und den zusätzlichen Aufwand von 1,26 Mio. € ebenfalls veranschlagt. Durch die bessere Entwicklung am Arbeitsmarkt ist im 1. Halbjahr 2010 die Zahl der Bedarfsgemeinschaften erfreulicherweise nicht in dem Ausmaß gestiegen, wie Ende des vergangenen Jahres angenommen. Ähnlich verhält es sich mit den Hilfeaufwendungen. Die derzeitige Entwicklung deutet darauf hin, dass der mit 14,06 Mio. € ausgewiesene Nettoaufwand voraussichtlich um rund unterschritten wird.

900.000 €

- **Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Abschnitt 42**

Aufgrund steigender Zugangszahlen nehmen die Aufwendungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz wieder zu und liegen voraussichtlich um über der Ansatzsumme.

- 100.000 €

- **Jugendhilfe, Abschnitt 45**

In der Jugendhilfe mussten wir bereits im Rechnungsjahr 2009 deutliche Fallzahlen- und Kostensteigerungen verzeichnen und lagen dadurch um 1,31 Mio. € über der Ansatzsumme. Diese Entwicklung war bei der Aufstellung des Haushaltsplanes 2010 in diesem Ausmaß noch nicht absehbar und konnte deshalb bei der Ansatzbemessung nicht berücksichtigt werden. Leider sind die Fallzahlen und damit auch die Aufwendungen bei der Hilfe zur Erziehung

sowie der Hilfe für junge Volljährige im bisherigen Jahresverlauf weiter gestiegen, so dass wir mit der Ausgabenentwicklung über dem Vorjahresniveau liegen. Wenn diese Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte anhält, gehen wir davon aus, den Gesamtansatz der Jugendhilfe um zu überschreiten. Gegenüber dem Vorjahr würde sich der Nettoaufwand damit nochmals um knapp 800.000 € erhöhen.

- 950.000 €

- **Kreisstraßen, UA 6500**

Gegenüber der Veranschlagung im Haushaltsplan erwarten wir Mehrausgaben von 250.000 €, die durch die erheblichen Aufwendungen für den Winterdienst verursacht werden. Die finanziellen Auswirkungen sind beim Vermögenshaushalt dargestellt.

0 €

- **Schülerbeförderung/ÖPNV, UA 7920**

Im UA 7920 -Förderung des ÖPNV / Schülerbeförderung rechnen wir – auch aufgrund der in den vergangenen Jahren gemachten Erfahrungen – mit einer Verbesserung von Die aus den Kooperationen der Hauptschulen zu erwartenden Mehrbelastungen sind in dieser Berechnung bereits enthalten.

300.000 €

- **Grunderwerbsteuer, HHSt. 9000.0611**

Bei der Grunderwerbsteuer sind bislang sechs Monatsabrechnungen eingegangen. Addiert man zum derzeitigen Steueraufkommen von 2,48 Mio. € das durchschnittliche Aufkommen der Monate Juli bis Dezember hinzu, ist davon auszugehen, dass der vom Kreistag bei den Haushaltsplanberatungen auf 5,8 Mio. € erhöhte Ansatz nicht erreicht wird. Wir gehen derzeit von einer Verschlechterung von rund aus.

- 600.000 €

- **Ausgleichsleistungen, HHSt. 9000.0920**

Das Land gibt den Betrag, der durch den Wegfall des Wohngeldes für Arbeitslosengeld II-Empfänger zu einer Entlastung im Landeshaushalt führt, teilweise an die Stadt- und Landkreise weiter. Wegen einer geringeren Ausschüttungsquote muss der Schwarzwald-Baar-Kreis für 2009 einen Betrag von 212.000 € zurückbezahlen. Zusammen mit den in 2010 angepassten Abschlagszahlungen liegt die Zuweisung um unter dem Haushaltsansatz.

- 340.000 €

- **Sonstige kleinere Planabweichungen innerhalb des Verwaltungshaushalts (saldiert)**

290.000 €

Per Saldo ergeben die aufgeführten Veränderungen im **Verwaltungshaushalt** eine Verschlechterung von

- 1.170.000 €

Um diesen Betrag vermindert sich nach der Haushaltssystematik die **Zuführung an den Vermögenshaushalt**.

Vermögenshaushalt

- **Kreisstraßen, UA 6500**

Mit den pauschalen FAG-Zuweisungen sind vorab die Unterhaltungsaufwendungen des Verwaltungshaushalts zu finanzieren. Nachdem dort beim Winterdienst voraussichtliche Mehrausgaben von 250.000 entstehen, reduzieren sich die im Vermögenshaushalt für die Finanzierung der Ausbaumaßnahmen bereitstehenden Mittel entsprechend. Dies kann durch Verbesserungen auf der Ausgabenseite vollständig aufgefangen werden. Nach den vorliegenden Ausschreibungsergebnissen fallen der Ausbau der K 5737 zwischen Unterbränd und Mistelbrunn sowie mehrere Fahrbahnsanierungen um 430.000 € günstiger aus. Insgesamt

samt schließt der Unterabschnitt 6500 mit einer voraussichtlichen Verbesserung von **180.000 €**

- **Sonstige Veränderungen im Schulbereich (saldiert) 100.000 €**
- **Zuführung vom Verwaltungshaushalt, HHSt. 9100.3000 - 1.170.000 €**

Per Saldo ergeben die aufgeführten Veränderungen im **Vermögenshaushalt** eine **Verschlechterung** von **- 890.000 €**

Wir nehmen den Halbjahrsbericht zur Haushaltsentwicklung 2010 zum Anlass, dem Kreistag den Haushaltserlass des Regierungspräsidiums Freiburg zum Nachtragshaushalt 2010 zur Kenntnis zu bringen. Er ist diesem Bericht als Anlage beigelegt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Nach den Ergebnissen dieses Berichts setzt sich die im Jahr 2009 begonnene Negativentwicklung bei den Kreisfinanzen leider fort. Nachdem der Landkreis bereits im vergangenen Jahr einen Fehlbetrag von rd. 840.000 € verzeichnen musste, wird auch der Haushaltsausgleich in 2010 nur schwer darstellbar sein. Die Ursachen hierfür sind schnell ausgemacht. Allein die nicht zu erwartenden Kostensteigerungen bei der Jugendhilfe, Mehrausgaben bei der Hilfe zur Pflege und die geringer ausfallende Grunderwerbsteuer reißen im Verwaltungshaushalt eine voraussichtliche Deckungslücke von 2,1 Mio. €. Viele kleinere Verbesserungen in verschiedenen Bereichen reichen bislang nicht aus, um diese Entwicklung zu kompensieren.

Die großen Probleme, die sich aufgrund der weiter auseinandergehenden Schere zwischen Einnahmen- und Ausgabenentwicklung heute schon für den Ausgleich der Haushalte bis 2013 absehen lassen, werden durch die notwendigen Fehlbetragsabdeckungen zusätzlich verschärft.

Selbstverständlich wird die Verwaltung im weiteren Verlauf dieses Haushaltsjahres alle sich bietenden Möglichkeiten nutzen, die nach diesem Bericht zu erwartende Verschlechterung deutlich zu reduzieren. Im Rahmen der Haushaltsberatungen werden wir über den weiteren Haushaltsverlauf berichten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag nimmt den Halbjahresbericht über die Haushaltsentwicklung zur Kenntnis.